

Der selbstverständliche Umgang mit den Grundlagen unseres gesellschaftlichen Gefüges ist nicht ungefährlich. Gerade weil wir sie für selbstverständlich halten, entgehen sie unserer Aufmerksamkeit. Sie sind darum besonders gefährdet.

Kurt H. Biedenkopf

Ist Europa gefährdet?

Vor Wochen wurde in der europäischen Presse der Satz *Henry Kissingers* kolportiert: in zehn Jahren werde Europa möglicherweise kommunistisch sein. Es ließ sich keine authentische Quelle dafür nennen, und es würde einen wundern, hätte der Außenminister der westlichen Weltmacht so unbekümmert laut und öffentlich gedacht. Doch ob wahr oder gut erfunden, was da kolportiert wurde, paßt in die Atmosphäre der letzten Monate, in denen sich Krisen in Europa mit östlichen Nadelstichen und verführerischen Entspannungsklarationen abwechselten. Es war und ist eine Atmosphäre der verdrängten Angst. Man hört nicht gerne die warnenden *Kassandras*, möchte in ihnen schlicht Schwarzmalerei sehen, die die tatsächliche Gefahr maßlos, gar zu demagogischen Zwecken, zur Schaffung von öffentlicher Hysterie übertreiben. Und man möchte wie selbstverständlich davon ausgehen, daß das, was „Europa“, das westliche, nichtkommunistische Europa natürlich, an politischer Freiheit, an Rechtsstaatlichkeit und garantierter Menschenwürde verkörpert, sich gegen äußere Gegner und Anfechtungen von innen behauptet, und hegt doch seine geheimen Zweifel, ob dieses Europa genügend Kraft zur Selbstbehauptung hat, noch hat oder noch zu entwickeln in der Lage ist und ob die Gefährdung von außen nicht doch größer ist, als man selbst gerne zugeben möchte. Da die möglichen Folgen für den Fall, daß es sich doch so verhalten sollte, nicht auszudenken sind und alles Reden von Gefährdungen nicht in das Sicherheitsgefühl (oder nur -bedürfnis?) behäbiger mitteleuropäischer Bürgerlichkeit paßt, werden die unangenehmen Gedanken bzw. die sie untergründig verursachenden Realitäten verdrängt, bis sie sich beim jeweils nächsten Hochkommen von Krisensymptomen auf eigenartige Weise von selbst artikulieren.

Daß sich solche Krisensymptome in den letzten Monaten in besorgniserregender Weise vermehrt und zugespitzt haben, kann jeder einigermaßen wache Beobachter täglich in den Zeitungen lesen. Sie betreffen in erster Linie das west-

liche Europa selbst, seinen inneren Zustand bzw. den inneren Zustand in einigen seiner Länder, speziell der des Mittelmeerraumes. Im östlichen Mittelmeerraum zeichnet sich zwar im Augenblick bei gleichzeitigem strategischen Zuwachs des Sowjetbereichs eine gewisse Entspannung ab. Der letzte Zypernkonflikt führte gleichsam im Nebeneffekt zur Wiedereinführung einer demokratisch legitimierten Regierung in Griechenland, aber der Konflikt zwischen Türken und Griechen schwelt weiter, und ob die innenpolitische Stabilität in Griechenland von Dauer ist, bleibt eine offene Frage. Indessen scheinen sich auf der westlichen Flanke, in Portugal, die seit dem Ende des *Salazar-Regimes* von manchen gehegten Befürchtungen in extremster Weise zu bestätigen. Wenn in den nächsten Monaten nicht noch von den Militärs bzw. von oppositionellen Kräften unter den Militärs ein radikaler Umschwung herbeigeführt wird, dann dürfte das Land nicht nur für sehr lange Zeit von demokratischen Zukunftshoffnungen Abschied nehmen müssen. Eine kommunistische Diktatur als Ende des Weges scheint gewiß. Wie es dort soweit kam, dürfte für alle Europäer, nicht nur für die auf eine demokratische Entwicklung hoffenden Kräfte in Portugal selbst, ein lehrreiches Politstück sein, doch seine Lehren kommen für das Land selbst wie für die europäischen Berater der dortigen demokratisch-sozialistischen Politiker zu spät.

Erfahrungen mit Portugal

Begonnen hat es mit einer fast naiv zu nennenden Überschätzung der Möglichkeit eines Landes, aus dem politischen Zwangszuständen unter einem fast fünfzigjährigen autoritären Regime über Nacht in geordnete demokratische Verhältnisse überzuwechseln. Zu wenige wollten wahrhaben, daß revolutionärer Überschwang, so verständlich er in einem von der übrigen Welt lang isolierten, in seinen politischen Strukturen unterentwickelten Lande

war, noch keine demokratischen Verhältnisse schafft. Es ist eine der ältesten und tragischsten Erfahrungen europäischer Revolutionsgeschichte, daß der Ruf nach Freiheit auf Grund fehlender oder politisch nicht realisierbarer Ordnungsstrukturen erst durch einen langen Prozeß von Rückschlägen und neuer politischer Tyrannei (von rechts und links) hindurch muß, bis es zu einer Demokratie garantierter politischer Freiheit kommt. Diese Erfahrung ist so eindringlich, daß man sich nur wundert, wie sie nicht nur von den unmittelbar beteiligten Völkern, sondern auch von den beobachtenden Kommentatoren immer wieder vergessen wird.

Eine zweite Erfahrung ist nicht weniger eindrücklich. Die in den letzten Jahren allseits bestätigte Tatsache, daß Militärs, ob nach links oder rechts orientiert, ob für nationale Größe und für politische Zucht und Ordnung oder für eine plebiszitäre Demokratie, ob für ein kapitalistisches oder sozialistisches Wirtschaftsregime schwärmend, die denkbar schlechtesten Führer aus der Diktatur in eine rechtsstaatliche Demokratie oder aus einem in eine Krise geratenen parlamentarischen System zurück in geordnete Rechtsstaatlichkeit sind. In Chile gedenken sich die Militärs, die aus eigenem Entschluß und teils gerufen antraten, um dem unter einem schwärmerischen Sozialismus entstandenen politischen und wirtschaftlichen Chaos Einhalt zu gebieten, für Jahrzehnte an den Hebeln der Macht einzurichten, ohne offenbar dem weiteren wirtschaftlichen und sozialen Niedergang steuern zu können und menschliche Grundrechte auch für die politischen Gegner durchsetzen zu wollen. In Portugal wurde ein reaktionäres Regime, das sich auch in seiner Spätphase unter Gaetano nicht entschieden in Richtung von mehr Liberalität zu bewegen vermochte, von einer „Bewegung der Streitkräfte“ abgelöst, die teils aus politischer Unerfahrenheit der tonangebenden jüngeren Offiziere, teils wegen eigener Machtgelüste, teils wegen des unausrottbaren Vertrauens in das Funktionieren der direkten Demokratie als „Einheit von Militär und Volk“ sich als unfähig erweisen, rechtsstaatliche Grundsätze durchzusetzen, politische Meinungsfreiheit einschließlich einer freien Presse und einen echten politischen Pluralismus durch ein Mehrparteiensystem zu verwirklichen.

Eine dritte Erfahrung wurde durch die Vorgänge in Portugal weniger bestätigt als neu, aber deswegen nicht weniger eindrücklich gemacht. Ein Sozialismus, der nicht ideologisch und politisch klare Trennungslinien zu den Kommunisten zieht, wird früher oder später ihr Opfer sein. Die Führer der kommunistischen Partei Portugals und ihre Sympathisanten in der Bewegung der Streitkräfte haben schon vor den Wahlen vom 25. April und mit aller Deutlichkeit nach den Wahlen erkennen lassen, daß sie von Wahlen, von einem Parteienpluralismus bzw. von einer Kanalisierung der „Revolution“ durch politische Kräfte verschiedener ideologischer Lager nichts halten. Die Sozialisten zeigten sich zu lange kooperationsbereit, so konnten sie mit dem später einsetzenden hinhaltenden Widerstand bis zum Austritt aus der Regierung kaum noch

Erfolg haben. Unter dem Deckmantel eines Sozialismus, der die Demokratie in sich selbst verwirklicht sieht und sich gerne mit einem sozialistischen Pluralismus abfindet, auch wenn nichtsozialistische Parteien dabei an den Rand gedrängt oder ausgeschaltet werden, konnte die kommunistische Partei sich zum „natürlichen“ Verbündeten der Militärs entwickeln und die Machtfrage für sich entscheiden. Anwendungen auf andere Länder liegen auf der Hand.

Schlechte Kunde aus Italien

Schlechte Kunde für Europa kommt aus Italien. Die letzten Regionalwahlen in den nichtautonomen Regionen des Landes haben auch bei uns beträchtliches Aufsehen erregt. Der hohe Stimmengewinn von 5,5 Prozent im Landesdurchschnitt — in einzelnen Großstädten wie in der FIAT-Stadt Turin lag er sogar bei 8 Prozent — kam nicht nur in einer Höhe, in der ihn selbst Kommunisten nicht erwartet hatten. Er war in den hochindustrialisierten Regionen des Nordens besonders stark, aber nicht nur im Industriedreieck Turin-Genua-Mailand, sondern sogar im konservativen Venezien. Und obwohl weiterhin ein deutliches Gefälle zwischen Nord und Süd besteht, haben die Kommunisten auch in den südlichen Regionen, wie bei Provinzial- und Gemeindevahlen auf Sizilien und Sardinien beträchtlich gewonnen. Der Vormarsch der Kommunisten zeichnet sich also landeseinheitlich ab. Darüber mag sich niemand wundern, der die politischen Verhältnisse des Landes etwas kennt. Die kommunistische Partei ist seit den Tagen der Resistenz gegen den Faschismus im Lande stark verwurzelt, sie hat in allen Wahlen seit 1948 in bescheidenem Umfange, aber doch kontinuierlich an Stimmen dazugewonnen, sie übt seit je einen starken Sog auf die intellektuellen Führungsschichten des Landes aus und trifft auf ein Regierungslager, vor allem auf eine christlich-demokratische Partei, der nicht nur Inflation, Rezession und der Niedergang politischer Sitten in Regierung und Verwaltung zur Last gelegt werden, sondern die durch dreißigjähriges Regieren ohne demokratische Alternative, aber auch ohne jemals die Chance einer absoluten Mehrheit erhalten zu haben, sich verbraucht hat. Im Habitus sozialdemokratisch-bürgerlich, als Partei auf Solidarität und Ordnung bedacht, hat sie dennoch durch Ausuferungen radikaler proletarischer, maoistischer oder halb-anarchistischer Strömungen links von ihr kaum wesentliche Einbußen hinnehmen müssen. Der italienische Sozialismus, in sich selbst in eine sozialdemokratische und eine linkssozialistische Partei aufgespalten, hat sich nie zu einer wirklich eigenständigen dritten Kraft oder gar als Alternative zu den christlichen Demokraten als der Partei der relativen Mehrheit entwickeln können, wohl aber konnte er sich innerhalb des italienischen Vielparteienwesens eine starke Stellung des Mitregierens sichern. Heute sind die christlichen Demokraten mehr denn je auf ihn angewiesen, und die Sozialisten können ihrerseits die Situation nüt-

zen, um, gleichgültig ob in der Regierungskoalition oder diese „von Fall zu Fall“ von außen stützend, Einfluß zu wahren und sich zugleich der Verantwortung für eine unpopuläre Wirtschaftspolitik zu entziehen.

Im Augenblick sieht es jedoch ganz danach aus, als ob nicht der Wahlausgang als solcher der eigentliche Grund zur Besorgnis wäre, sondern eher die Reaktionen bei den anderen Parteien. Zwar lehnt die *Democrazia Cristiana* die von den Kommunisten unter dem sardinischen „Freiherrn“ *Enrico Berlinguer* entwickelte Strategie des historischen Kompromisses, also einer Gemeinschaftsregierung von Christdemokraten und Kommunisten, ab. Aber weder gelingt der *Democrazia Cristiana* die notwendige innerparteiliche Regeneration, noch scheinen die Sozialisten von einer Politik des Sowohl-als-auch abzugehen: Zusammenarbeit mit der DC in Mitte-Links-Regierungen, aber Zusammengehen mit den Kommunisten in Regionen, Provinzen und Kommunen nicht nur, wo keine andere Mehrheit als eine kommunistisch-sozialistische möglich ist, sondern auch dort, wo die Mitte-Links-Parteien numerisch die Mehrheit haben. Die Christdemokraten ihrerseits scheinen den Prozeß der Selbsterfleischung zwischen den verschiedenen Flügeln fortzusetzen und ihre Führungskrise durch eine weitere Rotation von Notabeln lösen zu wollen. Wenn es aber in absehbarer Zeit nicht gelingt, die politisch überalterte Führungsschicht abzulösen und die Partei unter neuer Führung auf den Kurs einer klaren, kompromißlosen Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu bringen, dann dürfte unter dem Mantel einer Strategie des historischen Kompromisses nach nicht allzu langer Zeit eine von den Kommunisten beherrschte Volksfront Herausschlüpfen. Was das für das westliche Europa bedeuten würde, machte jüngst der frühere Staatspräsident und jetzt wieder an die Spitze seiner Partei geholte Führer der Sozialdemokraten, *Giuseppe Saragat*, deutlich: Saragat meinte, er glaube den Kommunisten schon, daß sie sich an demokratische Spielregeln halten, in der EG bleiben und die Nato tolerieren würden, aber er zweifle an ihrer Unabhängigkeit von Moskau, sobald infolge eines nachtitoistischen Jugoslawiens die Grenzen des sowjetischen Machtbereiches bei Triest verlaufen würden.

Anzeichen „ideologischer“ Abrüstung

Doch sind das nicht die einzigen möglichen Perspektiven, die für die Zukunft eines nichtkommunistischen Europa fürchten lassen, noch sind die Schwächen des westlichen Europa auf einzelne seiner Länder beschränkt. Wie wird beispielsweise das Spanien der Nach-Franco-Zeit aussehen, nachdem es auch dort nicht gelungen, einen Demokratisierungsprozeß noch unter dem bestehenden Regime einzuleiten, um diesen in die Epoche danach überzuführen. Das Spektrum der politischen Kräfte, die sich für diese Zeit vorbereiten, scheint in Spanien ausgeglichener zu sein als in Portugal. Vor allem hat sich dort die Kirche in den

Jahren seit dem Zweiten Vatikanum durch ihren sozialen Einsatz und durch ihr Eintreten für bürgerliche Freiheiten eine Position zurückerobert, die ihr heute auch politisch mehr Achtung verschafft, als die portugiesische, durch das Salazar-Regime kompromittierte Kirche für sich zu mobilisieren vermag. Aber die Sorge, auch Spanien könnte einmal in einem rätendemokratischen Chaos und in einer neuen Diktatur münden, ist nach den Vorgängen in Portugal durchaus verständlich.

Frankreich ist bei den letzten Präsidentschaftswahlen knapp an einem Volksfrontsieg, der zu dieser Zeit in diesem Lande den Sowjets nicht einmal in das strategische Konzept paßte, vorbeigekommen. Die Stärke des kommunistisch-sozialistischen Bündnisses dürfte sich, den Fall einer ernsthaften nationalen und internationalen Wirtschaftskrise ausgeschlossen, in absehbarer Zeit kaum wiederholen. Die eigentliche Frage ist aber, wie man in Frankreich und in den anderen westeuropäischen Ländern den Sowjetkommunismus und seinen Einfluß auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien im Bewußtsein großer Bevölkerungsschichten als Gefahr für das nichtkommunistische Europa einschätzt. Die Unlust am Natobündnis in manchen Staaten des Bündnisses ist evident. Sie macht sich um so stärker bemerkbar, je mehr durch die wirtschaftliche Rezession die Staatshaushalte in Schwierigkeiten geraten. Welches westeuropäische Land wäre heute bereit, die Verteidigungsausgaben zu Lasten sozialer Zuwendungen zu kürzen? Diese Bereitschaft dürfte es auch dort kaum geben, wo man durchaus überzeugt ist, daß unter den gegebenen weltpolitischen Verhältnissen eine entschlossene Verteidigungsbereitschaft die beste Form der Friedenssicherung ist.

Doch gibt es — und das ist gegenwärtig vermutlich die größere Schwäche Westeuropas — evidente Anzeichen auch „ideologischer“ Abrüstung. Eine offensive Auseinandersetzung mit dem sowjetischen System als Mitte des Weltkommunismus findet so gut wie nicht statt. Unter dem Einfluß einer neomarxistischen Renaissance, die die gesellschaftspolitische Diskussion in den letzten Jahren weitgehend bestimmte, hat eine Umwertung der Systeme im politischen Sprachgebrauch und im öffentlichen Bewußtsein stattgefunden. Das westliche System verfällt weitgehend dem Verdikt der Kapitalismuskritik. Seine inhumanen Aspekte werden übergroß gezeichnet, während das kommunistische System als ein System der Unfreiheit seltsam ungeschoren davonkommt. Rechtsstaatlichkeit, politischer Pluralismus und Meinungsfreiheit werden nicht nur nicht offensiv in die Auseinandersetzung eingebracht, sondern von zu vielen offenbar nicht als etwas empfunden, was es auf Biegen und Brechen zu verteidigen gilt. Angesichts dieser Haltung im westlichen Europa nimmt es nicht wunder, daß die sowjetisch-kommunistische Seite neben einer weiterwirkenden, aber sehr dosiert eingesetzten Strategie des Konflikts mehr und mehr mit Hilfe von Entspannung und ideologischer Propaganda auf eine Strategie der Beeinflussung setzt. Wie hilfreich diese Strategie für sie ist, wird sich spätestens zeigen, wenn im gebühren-

den Abstand zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unter der Führung Moskaus die Weltkonferenz kommunistischer Parteien zusammentritt.

Ein Thema für europäische Christen

Die Christen in den westeuropäischen Ländern haben ihren eigenen Anteil an dieser inneren „ideologischen“ Abrüstung. Über der berechtigten Kritik an den Überresten von Klassengesellschaften, an den Unebenheiten der marktwirtschaftlichen Ordnung und an dem vermeintlich oder tatsächlich noch nicht überwundenen Konflikt von Kapital und Arbeit, über sozialstaatlichen Defiziten und Mängeln wird zu sehr unterschätzt und übersehen, welche soziale Dynamik in einer konsequenten Rechtsstaatlich-

keit einer parlamentarischen Demokratie steckt. Christen sollen keinem sterilen Antikommunismus verfallen, aber bei allen Optionen für die verschiedenen sehr unterschiedlich gefärbten Sozialismen müßte das Bekenntnis zum Rechtsstaat und zum politischen Pluralismus gegen jede totalitäre Bedrohung von außen und Versuchung von innen selbstverständlich sein. Da es darüber unter Christen verschiedener Länder nicht geringe Meinungsunterschiede gibt, wäre es an der Zeit, dies einmal im Blick auf die Zukunft und politisch-geistige Leistungsfähigkeit eines freiheitlichen Europa durchzudiskutieren. Eine solche Diskussion könnte der übernationalen Verständigung dienen. Um vom deutschen Bereich auszugehen: Der nächste Katholikentag findet zwar erst 1978 in Freiburg statt. Aber vielleicht böte er eine Möglichkeit, diese Thematik und die in ihr steckenden Konflikte in einem Klima internationaler Offenheit einmal anzugehen.

D. A. Seeber

Vorgänge

Eine Orientierungshilfe des Einheitssekretariates für die ökumenische Arbeit

Das Sekretariat zur Förderung der Einheit der Christen hat am 7. Juli 1975 ein von Kardinal Willebrands schon am 22. Februar unterzeichnetes Dokument veröffentlicht, das die bisherigen Weisungen des sog. Direktatoriums zum Ökumenismusdekret ergänzt: „Die ökumenische Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und örtlicher Ebene“. Die Einführung läßt erkennen, daß kein unmittelbar aktueller Anlaß zugrunde liegt. Das Dokument verwirklicht eine Entschließung der Vertreter der ökumenischen Kommissionen der Bischofskonferenzen vom November 1972: „Der Geist der ökumenischen Bewegung muß besonders auf der Ebene der Ortskirche konkret zum Ausdruck kommen.“ Die Vorarbeiten verschiedener Kommissionen des Sekretariats wie des ÖRK erstrecken sich über Jahre. Sie wurden für das Heilige

Jahr der Versöhnung fertiggestellt, und zwar „nicht als eine Zusammenstellung von Direktiven oder Vorschriften, die mit Autorität im juristischen Sinn gegeben werden“. Das Dokument will „Informationen“ über die vielfältige ökumenische Arbeit in allen Erdteilen vermitteln und „die Bischöfe in die Lage versetzen, mit seiner Hilfe angesichts einer bestimmten Situation zu entscheiden, welche Form die ökumenische Zusammenarbeit auf der Ortsebene annehmen soll“. Es bietet „eine Orientierung, die nicht Gesetzeskraft beanspruchen will, deren Wert jedoch auf der Erfahrung und den Einsichten des Einheitssekretariats“ beruht. Die „informellen Gruppen“ werden mehrfach ermahnt, sich den Bischöfen anzuschließen. Offenbar beunruhigt ihre Tätigkeit.

Ein Vergleich mit dem Ökumene-Dokument der „Gemeinsamen Syn-

ode“ (ds. Heft, S. 399) zeigt beachtliche Unterschiede, unbeschadet des gemeinsamen Ansatzes bei der „Ortskirche“, d. h. einer Diözese der römisch-katholischen Kirche. Während das Synodendokument gemäß der Lage in der Bundesrepublik u. a. die noch verbleibenden Lehrunterschiede anspricht, streift das römische Dokument (3, 1) die bilateralen Lehrgespräche nur unter dem Gesichtspunkt, daß sie neben einem „positiven Einfluß auf das örtliche ökumenische Klima“ auch „Probleme“ aufwerfen, „wenn die Kluft zwischen den Anschauungen der einfachen Gläubigen und den Diskussionen der Theologen zu groß wird“. Daher sollten die Kirchenleitungen für *mehr Information* und Kommunikation in ihren Kirchen sorgen (Synoden-Dok. 5, 4), aber, „damit die Arbeit der Theologen ihre Frucht bringen kann, auf eine Art und Weise, die im Einklang mit der Lehre und Disziplin der Katholischen Kirche steht“ (ein oft wiederkehrender Ausdruck). Wer eine Entscheidung über die verschiedenen Konsensdokumente zur Eucharistie, zum kirchlichen Amt oder zum Petrusdienst erwartet